

Verteidigungsminister Kunasek: „Wehrbudget in Richtung 1% des BIP bleibt weiter unser Ziel“

Die folgenden Fragen des NÖKB bezüglich der Zukunft des Österreichischen Bundesheeres beantwortete Minister Mario Kunasek exklusiv für die NÖKB-Landeszeitung.

Die immer wieder erhobene Forderung nach einem Wehrbudget von 1% des BIP scheint derzeit in weite Ferne gerückt. Kann oder will die Bundesregierung dieses Geld, das für die Konsolidierung des Bundesheeres unbedingt vonnöten erscheint, nicht aufbringen?

BM Kunasek: Lassen Sie mich mit Blick auf die Mittel, die für die Landesverteidigung zu Verfügung stehen, eines ganz offen klarstellen: Es war diese ÖVP-FPÖ Bundesregierung, die in ihrer Regierungserklärung unmissverständlich das Bekenntnis zu einem starken und modernen Bundesheer reingeschrieben hat. Und als Verteidigungsminister konnte ich mit dem Finanzminister das höchste Budget, das es für das Bundesheer jemals gegeben hat, ausverhandeln. Für das Jahr 2018 haben wir 2,258 Milliarden, 2019 dann 2,288, das sind insgesamt um 180 Millionen Euro mehr als unter meinem unmittelbaren Vorgänger.

Allerdings - und das ist der Knackpunkt - weil Sie von Konsolidierung sprechen: Das Bundesheer ist in den letzten Jahrzehnten mit einem Sparkurs konfrontiert gewesen, der an die Substanz ging und es an den Rand der Einsatzfähigkeit gebracht hat, wie es der Oberbefehlshaber, der Herr Bundespräsident, völlig richtig erkannt hat.

Die neue Regierung hat dieses Kaputtsparen des Bundesheeres abgestellt: „Bei der Sicherheit wird nicht gespart“ – das ist unsere klare Position, auch beim Verteidigungsbudget. Mit den Regelbudgets für die Jahre 2018/2019 können wir aber nur mit dosierten Schritten beginnen, den Investitionsbedarf abzubauen, der sich bei der Infrastruktur, der Mobilität zu Luft und zu Land sowie bei der Mannesausrüstung, angesammelt hat.

Natürlich bleibt insgesamt ein Wehrbudget in Richtung 1% des BIP weiter unser Ziel. Allerdings sind Budgetverhandlungen kein Wunschkonzert! Zum erhöhten Regelbudget ist es uns gelungen, in intensiven Verhandlungen mit dem Finanzminister, Sonderinvestitionen - Stichwort Hubschrauberbeschaffung - also zusätzliche Finanzmittel zu bekommen. Diese Bundesregierung ist also sehr wohl willens, das Bundesheer in den nächsten Jahren wieder auf gesunde Beine zu stellen.

Sie sprechen die Beschaffungen für das Bundesheer schon an. Welche Anschaffungen hat das Bundesheer im Jahr 2018 getätigt und wie hoch war das Budget dafür?

BM Kunasek: Unsere Investitionen sprechen eine eindeutige Sprache. Das Bundesheer rüstet sich für die Sicherheit Österreichs. Für Infrastrukturmaßnahmen – Sanierung von Kasernenstandorten, Unterkünften etc. – haben wir für 2018/2019 ein Budget von 180 Millionen Euro. In die Modernisierung unseres Fuhrparks, speziell der geschützten Fahrzeuge für die



Beim Gespräch über die Zukunft des Bundesheeres, die Öffentlichkeitsarbeit des NÖKB inkl. der Landeszeitung: Gf. Präsident Josef Glaser, Verteidigungsminister Mario Kunasek, CR Martin Pfleger und Präsident Josef Pfleger (v. li.)

Truppe investieren wir in den nächsten beiden Jahren rd. 100 Millionen. Auch bei der Mannesausrüstung selbst, ob das nun Stichtschutzwesten oder Scharfschützengewehre sind, wird kräftig investiert.

Wir werden auf keinen Fall bei Mannes-Ausrüstung, die im Einsatz überlebenswichtig ist, sparen. Oberste Priorität hat alles, was für unsere Soldaten die im Einsatz stehen, unmittelbar einsatzrelevant ist.

Absolut prioritär war 2018 das „Katastrophenschutzpaket“, mit der Erneuerung der Hubschrauberflotte. Mit der im Sommer beschlossenen Beschaffung von 12 modernen Mehrzweckhubschraubern und 3 Black Hawks sichern wir eine der Kernkompetenzen und Kernaufträge des Bundesheeres. Die Assistenzeinsätze bei den heurigen Unwetterkatastrophen in Kärnten und Osttirol wären ohne Hubschrauberflotte nämlich nicht möglich gewesen.

Und so wie für die Hubschrauber wird auch für die Luftraumüberwachung - Stichwort Nachfolge Saab 105 und Upgrade Eurofighter – ein Sonderbudget notwendig sein, das aber nicht der Verteidigungsminister allein entscheiden kann. Bei der Luftraumüberwachung braucht es eine gemeinsame Entscheidung der Bundesregierung.

Und für die Budgets nach 2020 ist mein erklärtes Ziel, ein höheres Regelbudget für das Bundesheer zu erreichen, damit wir beim Bundesheer mehr Planungssicherheit haben. Dafür werde ich als Verteidigungsminister kämpfen!

Grundwehrdienst 6+2: Können Sie dieser Forderung der „Plattform Wehrhaftes Österreich“ nach „Verlängerung“ des Grundwehrdienstes etwas abgewinnen?

BM Kunasek: Wie Sie wissen wurde seit meinem Amtsantritt diese Frage der Verlängerung des Wehrdienstes mehrmals öffentlich thematisiert. Auch wenn die Wehrdienstverlängerung

nicht konkret im Regierungsprogramm steht – ist dieses Thema für mich von besonderer Bedeutung. Und ich sage Ihnen auch warum:

Wir haben ein Bundesheer, das nach der Miliz auszurichten ist. Die österreichische Verfassung schreibt uns ja ein Milizheer vor. Die Miliz leidet aber unter der aktuellen 6-Monate-Lösung. Das „alte“, aber bewährte System – 8-monatige Wehrpflicht, davon sechs Monate Grundwehrdienst plus zwei Monate verpflichtende Milizübungen – war im Sinne der Sicherheit Österreichs ein praktikabler Beitrag zum Fähigkeitserhalt bzw. zur kontinuierlichen Wissensweiterung der Truppe und der Miliz. Das Soldatenhandwerk muss ja auch regelmäßig geübt werden.

Milizübungen sind daher ein essentieller Beitrag für die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres und damit ein wesentlicher Beitrag für ein sicheres Österreich.

Sie haben eine neue Heeresstruktur auf die Beine gestellt. Wie schaut diese - in aller Kürze – aus? Was bedeutet das für die Truppe?

BM Kunasek: Die neue Heeresgliederung bedeutet auf den Punkt gebracht: Schlanke Kommanden starke Truppe! Diese Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen muss von einer nachhaltigen Stärkung der Truppe begleitet sein. Das heißt für die Kommanden: eine Reduzierung von bisher vier auf zwei Kommanden – nämlich Streitkräfte und Streitkräftebasis.

Kernelemente der Stärkung der Truppe sind handlungsfähige Brigaden, die Vereinheitlichung der Strukturen in den Waffengattungen, die Abstützung auf die Miliz, insbesondere auf die zehn Miliz-Jägerbataillone in den Bundesländern, sowie ein Festhalten am Gesamtkräfteerfordernis von rund 55.000 Soldaten inkl. Milizstand.